

Schutz der Landschaft vor den Augen

Hallwilersee Parlament weist Richtplan Meisterschwanden mit 71 zu 60 an die Regierung zurück

VON HANS LÜTHI

Ein ganzes Paket hat die Gemeinde Meisterschwanden geschnürt, mit 14 Einzonungen und Auszonungen, mit Reduktion und Vergrösserung des Schutzdekrets Hallwilersee. Bei Landschaftsschützern ist das Dekret ein Heiligtum, die Ausweitung um 3,5 Hektaren Bauland wurde von den Umweltverbänden entsprechend heftig kritisiert. Und diese Kritik erfasste die bürgerlichen Parteien viel stärker als noch in der Anhörung. Einzig die FDP von Baudirektor Peter C. Beyeler bekannte sich noch zur Richtplan-Anpassung. «Die Vorlage geht jetzt an die Gemeinde Meisterschwanden zurück», sagte Beyeler nach der Rückweisung mit 72 zu 60 Stimmen. Die Einzonungen seien «unabhängig von privaten Interessen erfolgt, alles andere ist falsch», wehrte sich der Baudirektor gegen Vorwürfe, die Regierung opfere für reiche Leute die Landschaft. Die Familie

«Wenn es um Huber oder Meier statt um Hayek ginge, wäre das alles kein Thema.»

Martin Keller, SVP

von Uhrenkönig Hayek wolle diese Auseinandersetzung nicht und sei bereit, auf alles zu verzichten. Durch eine Begrädigung der Schutzzone hätte sich ihr Bauland um lediglich 700 Quadratmeter vergrössert, plus 400 Quadratmeter für Grünfläche.

Widerstand von SP und Grünen

Wenn es um Einzonungen von Bauland geht, sind SP und Grüne mit ihrer Kritik immer zur Stelle, das heilige Schutzdekret Hallwilersee verstärkte ihre Rhetorik deutlich. Der Fall Meisterschwanden wecke weitere Begehren nach Bauland, statt zu Bremsen, sei die Regierung nur noch Handlanger der Gemeinde, sagte Martin Christen (SP, Turgi). Die ganze Richtplan-Anpassung sei eine Mogel-



Beim Hayek-Land geht es um das leere Grundstück links der Mitte neben den Häusern.

EMANUEL FREUDIGER

packung. Es gehe darum, Prinzipien gegen Geld zu verkaufen, wettete Ruedi Weber (Grüne, Menziken), aber der Schutz der Landschaft sei wichtiger als ein guter Steuerzahler.

Das Dekret werde zur Makulatur, befürchtete auch WWF-Präsidentin Regula Bachmann (Magden), welche für die CVP/BDP den entscheidenden Rückweisungsantrag stellte. Der Grosse Rat müsse diesen Fehlentscheid verhindern.

Befürworter mit wenig Echo

«Der Geldvorwurf ist unsinnig», reklamierte Eugen Frunz (Obersiggenthal), die grosse Mehrheit der SVP unterstütze die kleinen Anpassungen und die Schliessung der Lücken, um die es hier gehe. Das Dekret von 1986 benötige ein paar Änderungen, von

den 14 Punkten seien nur 3 wirklich umstritten, betonte Bettina Ochsner (FDP, Oberlunkhofen). Der Richtplan sei unabhängig von den Landbesitzern zu beurteilen. «Wenn es um Huber oder Meier statt um Hayek ginge, wäre das alles kein Thema», sagte Martin Keller (SVP, Obersiggenthal), den Neinsagern gehe es nur um Fundamentalopposition.

Starke Gegner bei der SVP

Ungewöhnlich bei der heftigen Debatte um Geld, Geist, Landschaft und Zersiedlung waren markante Gegenstimmen aus der SVP mit grünen Argumenten: Das 14-gängige Menü sei teilweise unverträglich, der Rebweg und die äussere Seehalde seien ungeniessbar, meinte Max Härrli (SVP, Birwil). Bei einem Ja müsse sich niemand

wundern, wenn die Staatsverdrossenheit steige. «Es geht hier um die Visitenkarte des Aargaus», doppelte Erwin Meier (SVP, Niederwil) nach. Ohne Dekret könnte man die Ufer nicht mehr frei begehen. Von einem Massaker des Landschaftsschutzes sprach Jean-Pierre Gallati (SVP, Wohlen). Es gehe nicht um Personen, aber um mächtige Interessen, betonte Jürg Stüssi (SVP, Windisch).

Den Schutz der Landschaft stellten auch Sämi Richner (EVP, Auenstein) und Roland Agustoni (GLP, Rheinfelden) über alles andere. Bei der Rückweisung mit 72 zu 60 Stimmen spielten die 13 Stimmen der SVP eine wichtige Rolle, kaum aus Sympathie zu den Ratslinken. Vielmehr aus Sorge um knappes Land und wegen der Zersiedelung.

Unangetastete Reserve

Finanzhaushalt Der Grosse Rat hat eine Änderung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen in zweiter Beratung verabschiedet. Hauptziele sind eine Verbesserung und Vereinfachung der Steuerung von Aufgaben und Finanzen, die Anpassung der Rechnungslegung des Kantons an die Empfehlungen des harmonisierten Rechnungsmodells für Kantone und Gemeinden sowie die Anpassung des Kreditrechts an diese Empfehlungen.

Damit soll der Kanton Aargau ein Steuerungssystem für Aufgaben und Finanzen erhalten, das besser vergleichbar ist mit den Systemen bei den Gemeinden, den anderen Kantonen und beim Bund.

Der Vorlage erwuchs keine grundsätzliche Opposition, hingegen wollte die SVP die Gesetzesanpassung dazu nutzen, die Bilanzgleichsreserve abzuschaffen. Diese «Bilanzbetriebsreserve», wie Pascal Furer (Staufen) sie nennt, habe nur das Ziel, die Schuldenbremse zu umgehen und der Bevölkerung gegenüber nicht zugeben zu müssen, dass der Staat über seine Verhältnisse lebt. Der Antrag, die Bilanzgleichsreserve aus der Gesetzgebung zu streichen, blieb aber erfolglos, Furers Antrag wurde mit 82 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Die Bilanzgleichsreserve sei das Instrument, das es dem Kanton ermögliche, eine antizyklische Politik zu betreiben, so Finanzdirektor Roland Brogli. (MOU)

Aargauer Asyl-Notsignal nach Bern

Platznot Mit einer Standesinitiative will der Aargau beim Bund Druck für zusätzliche Asylunterkünfte machen.

VON URS MOSER

Die Standesinitiative verlangt, was eigentlich schon lange versucht wird, wobei aber nicht ganz klar ist, wie ernst es wem dabei ist: In Notsituationen soll der Bund abseits gelegene Militäranlagen als temporäre Bundesunterkünfte zur Unterbringung von Asylsuchenden zur Verfügung stellen. Den Beschluss zur Einreichung der Standesinitiative, die von den Grünen lanciert worden war, fasste der Grosse Rat mit 79 gegen 52 Stimmen. Die vorberatende Kommission hatte sich mit Stichentscheid ihrer Präsidentin Brunette Lüscher (SVP, Magden) dagegen ausgesprochen. Die SVP stemmte sich auch im Ratsplenum dagegen, was einmal mehr zu gehässigen Auseinandersetzungen zwischen links und rechts führte.

Schnellere Verfahren

Der Vorstoss wolle den «Irrwitz einer grünen Regierungsrätin legalisieren, die ein ganzes Dorf mit Asylbewerbern überfluten wollte», donnerte SVP-Fraktionschef Andreas Glarner (Oberwil-Lieli) in Erinnerung daran, dass der Regierungsrat ursprünglich für die Nutzung einer Militäranlage in Bettwil als Asylun-

terkunft Hand bieten wollte. Susanne Hochuli quittierte die Bemerkung mit dem «Dank für die sachliche Diskussion, die nur kurz von einem Irrlicht verdunkelt wurde». Und von verschiedenen Seiten wurde der SVP vorgehalten, sich einer zielorientierten Lösung des akuten Unterbringungsproblems zu verweigern, um die Asylmiserie für sich als Wahlkampfthema warmzuhalten.

Dazwischen fand auch eine sachliche Debatte über Für und Wider der Öffnung von Militärunterkünften und die Wirkung einer Standesinitiative statt. Die SVP begründete ihre ablehnende Haltung damit, dass im Bundesparlament sowieso schon über 20 Vorstösse zum Asylproblem hängig seien und sich das Platzproblem bei der Unterbringung lösen würde, wenn es endlich gelänge, die Verfahrensdauer drastisch zu kürzen, wie Fraktionssprecher Daniel Wehrli (Küttigen) erklärte.

Dem hielt Renate Gautschi (FDP, Gontenschwil) entgegen, dass gerade für die Verfahrensökonomie die Einrichtung von Bundesunterkünften wichtig sei. Denn dort könnten die Verfahren schneller abgewickelt werden, während die Erfahrung zeige, dass die Dauer exponentiell zunehme, sobald die Asylsuchenden erst einmal den Kantonen zugewiesen seien. Das ist auch für Herbert Strelbel (CVP/BDP, Muri) der springende Punkt: Das Unterbringungsproblem dürfe vom Bund nicht einfach auf die Kantone abgeschoben werden. Dar-

um sei mit der Öffnung von Bundesunterkünften zu verhindern, dass Asylsuchende ohne Aussicht auf ein Bleiberecht auf Kantone und Gemeinden verteilt würden, solange ihr Verfahren laufe. Abgesehen davon sei in solchen grösseren, abgelegenen Unterkünften die Sicherheit besser zu gewährleisten. Für Ivica Petrusic (SP, Aarau) ist daher klar: Bund und Kantone brauchen die zusätzlichen Plätze, gegen den in der Standesinitiative aufgezeigten Vorschlag könne gar niemand etwas haben.

Angst vor falschen Signalen

In der vorberatenden Kommission, die sich am Ende mit hauchdünnem Entschluss gegen die Standesinitiative ausgesprochen hatte, wurde weniger das Anliegen an sich als vielmehr die Wirkung einer Standesinitiative in Zweifel gezogen. Zudem hatten dort die Skeptiker ins Feld geführt, der Kanton könnte auch falsche Signale aussenden: Sei es, dass man Rechtsanpassungen bewirke, die am Ende eine Asylunterkunft in Bettwil doch möglich machten. Oder sei es, dass von anderen Kantonen der Vorwurf eines Schwarzpeterspiels komme. Regierungsrätin Susanne Hochuli teilt die Skepsis nicht. Es sei wichtig, dass der Kanton seine Stimme erhebe und klarmache, dass man genug davon habe, was sich in den Gemeinden durch die Zuteilung von Asylbewerbern durch den Bund abspiele und dort offenbar nicht zur Kenntnis genommen werde.

Ratsprotokoll

Rochade Hochreuter neu in Sozialkommission



Clemens Hochreuter (SVP, Aarau, Bild) nimmt anstelle der ersten Vizepräsidentin des Grossen Rats, Vreni Friker (SVP, Oberfelden), Einsitz in der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen. An Clemens Hochreuters Stelle als Ersatzmitglied rückt Hansjörg Erne (SVP, Leuggern) nach. (AZ)

Personalrecht Aktuellem Stand angepasst

Die zweite Beratung einer Änderung des Personalgesetzes gab zu keinen Diskussionen mehr Anlass, die Revision wurde ohne Gegenstimme verabschiedet. Die Revision schafft die Grundlage zur Bildung einer Personalkommission. Dieser sollen nur Mitarbeiter der Departemente und der Justiz, nicht aber Mitarbeiter selbstständiger Anstalten des Kantons angehören dürfen. (AZ)

Radweg Ja zum Ausbau von Künten bis Eggenwil

Für den Ausbau des Radwegs von Künten nach Eggenwil wurde ein Grosse Rat von 9,2 Millionen Franken bewilligt. Drei Meter Breite seien nötig, weil es steil bergab gehe. Der Rat stimmte mit 98 zu 0 zu. (AZ)

Ausbau Kredit für die Wiggertalstrasse

Der Grosse Rat von 15,3 Millionen Franken für die Wiggertalstrasse wurde von der Ratslinken kritisiert, aber mehrheitlich genehmigt. An die Gesamtkosten von 33 Millionen Franken müssen die tangierten Gemeinden die Hälfte bezahlen. Mit 96 zu 22 wurde ein Antrag unterstützt, «die dritte Etappe unverzüglich zu planen und mittelfristig auch zu realisieren». (AZ)

Richter Entschädigung bei einer Nichtwahl

Für vorzeitige Pensionierung und die Entschädigung bei einer Nichtwahl setzte sich Justizdirektor Urs Hofmann ein. Zwar gab es Stimmen gegen «goldene Fallschirme», aber die Zustimmung fiel mit 78 zu 40 Stimmen deutlich aus. Noch klarer wurde die neue Einteilung der Friedensrichterkreise genehmigt. Mit Senkung von 50 auf 17 Kreise lässt sich die Arbeit besser verteilen. (AZ)

INSERAT



«Volksrechte vorschieben, aber in Tat und Wahrheit die Schweiz in die Isolation treiben. Nein am 17. Juni.»

Kurt Emmenegger, Grossrat, Präsident Aarg. Gewerkschaftsbund, Baden

NEIN zur AUNS-Initiative

www.auns-initiative-nein.ch

Überparteiliches Aarg. Komitee «Staatsvertrags-Initiative NEIN», Postfach 2735, 5001 Aarau